

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 21. März 1924.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 21. März 1924.

Bgm. Seitz eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung und teilt mit, daß ein Antrag des GR. Ullreich wegen der Ausschmückung der Fenster und Balkone mit Blumen und der Ausschreibung von Preisen eingelangt ist. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es werden hierauf ohne Debatte verschiedene Zuschmückkredite bewilligt, so ein Betrag von 304.5 Millionen für die Reparaturarbeiten an der großen Marxerbrücke, von 213.2 Millionen für die Deckung der Mehrauslagen die durch die Erhöhung der Verpflegungsgebühr im Wohlthätigkeitshaus in Baden erwachsen, von 1.5 Milliarden Kronen für die Verzinsung der Wohnbauanleihe von 500 Millionen Kronen für die Schneesäuberung, von 172.1 Millionen für den Ankauf von Gründen in Groß Jedlersdorf, von 91.5 Millionen für den Ankauf von Gründen in Fünfhaus und von 505.7 Millionen für verschiedene Ausgaben. Gleichfalls ohne Debatte werden fünf Millionen Kronen als Subvention für die biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften in Wien, 20 Millionen Kronen als Subvention für die Wiener Internationalen Hochschulkurse, zwei Millionen als Subvention für den Verein „Skiotiken“ und kleinere Beträge für die freiwilligen Feuerwehren von Eggenburg, St. Andrä a. d. T. raisen und Herzogenburg bewilligt. Zugestimmt wird ferner der Verpachtung des Forstgartens der Erziehungsanstalt Eggenburg an die niederösterreichische Landes- Landwirtschaftskammer, dem Regulierungsplan für ein Gebiet in Groß Jedersdorf, der Hauslinienbestimmung für einen Teil der Meiselstrasse in Simmering und der Förderung der Lehrlingsfürsorgeaktion die für mittellose nach Wien zuständige weibliche und männliche erwerbstätige Jugendliche, die in den Erholungsheimen dieser Aktion untergebracht sind, einen täglichen Zuschuss von 5000 K erhält was für das Jahr 1924 Gesamtausgaben von 560 Millionen Kronen erfordert.

GR. Jenschik (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschmückkredits von 2.4 Milliarden Kronen zur Instandsetzung und Erhaltungsarbeiten an den städtischen Schulgebäuden. Der Zuschmückkredit sei infolge der Steigerung der Löhne und Materialpreise notwendig.

Nachdem GR. Panosch (chr. soz.) die Erwartung ausgesprochen, daß die Ausbesserung der Schulen, die sich teilweise in einem sehr schlechten baulichen Zustand befinden, nunmehr rascher bewerkstelligt werden, wird der Referentenantrag angenommen.

VB. Emmerling berichtet über den Antrag, für den Ausbau der Leitungsnetze der Elektrizitätswerke Sachkredite in der Höhe von etwa 60 Milliarden zu genehmigen. Die Elektrizitätswerke haben im letzten Jahre einen derartigen Zuwachs an Konsumenten erhalten, daß man durch eine entsprechende Ausgestaltung des Kabelnetzes zeitgerecht Vorsorge treffen müsse.

GR. Rotter (chr. soz.) bemängelt, daß von dem angesprochenen Kredit wieder 52 Milliarden aus Betriebsmitteln gedeckt werden sollen. Die Mehrheit habe eine Zeit lang dieses System vermieden, nun kehre sie wieder zu der alten Methode zurück. Wenn auch die 52 Milliarden auf die Betriebsmittel der nächsten drei Jahre verteilt werden, so entstehe doch eine bedeutende Belastung der Konsumenten, denn es werde Licht und Kraftstrom verteuert werden. Wir haben ohnehin eine Wirtschaftskrise und da wäre es wohl besser, so große Ausgaben wie früher aus dem Investitionskredit zu bestreiten. Schliesslich begehrt der Redner, daß die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen den Stromabnehmern endlich rückerstattet werden.

Der Referent entgegnet, die beantragten Kredite seien hauptsächlich dadurch notwendig geworden, weil dem Kabelnetz die hundert Waggons Kupfer, welche während des Krieges herausgenommen worden sind, allmählich wieder ersetzt werden. Der Kredit werde die Elektrizitätswerke instandsetzen, 50 Waggons Kupfer wieder in das Kabelnetz zu bringen. Man habe auch mit einer stärkeren Inanspruchnahme der Werke zu rechnen und müsse entsprechende Vorsorge treffen. Mit der Ueberweisung eines Teiles der Kredite auf die Betriebsmittel folgen wir nur Methoden, die sich schon in früheren Jahren als zweckmässig erwiesen haben. Die Vorauszahlungen sind not-

wendig zur Betriebsführung, sie sind auch in früheren Jahren in der Form von Kauttionen eingehoben worden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

VB. Emmerling berichtet sodann über die Bestimmung der Fahrpreise auf den neuen Strassenbahnlinien über die Triesterstrasse nach Inzersdorf und vom Neubaugürtel durch die Felberstrasse über die Schmelz bis Gersthof, weiter über die Verlängerung der Linie 11 vom Volkswehrplatz bis zur Innstrasse. Der Beschluß des Stadtsenats hierüber wurde bereits durchgeführt und es wird die nachträgliche Genehmigung beansprucht.

GR. Doppler (chr. soz.) bemängelt an dem Antrag, daß man zuerst die Linien tatsächlich dem Verkehre übergeben habe und nun nachträglich um Genehmigung der Tarife durch den Gemeinderat ersucht. Es wäre vielmehr Pflicht gewesen über den Tarif sich zuerst klar zu werden. Ueberhaupt sei es auffällig, daß keine Gemeinderatssitzung stattfände, in der nicht drei oder vier nachträgliche Genehmigungen zur Erledigung kämen. Unter solchen Umständen müsse man sich fragen, ob es der Mühe wert sei, überhaupt den Gemeinderat zusammenzuberufen, wenn dem Bürgermeister es gestattet sei, über die weittragenden Angelegenheiten zu verfügen und nachträglich die Genehmigung des Gemeinderats dazu einbringt. Man müsse endlich einmal Sorge tragen, daß die Demokratie nicht in jeder Sitzung mit Füßen getreten würde, denn der praktizierte Vorwand sei nichts anderes als eine grobe Verletzung des demokratischen Kredites. Redner müsse darauf hinweisen, daß die gegenwärtige Minderheit oftmals darauf verwiesen habe, daß der Zonentarif eingeführt werden soll. Dadurch würde gewiß der Verkehr gefördert werden. Die Forderung der Minderheit würde aber ständig übergangen, trotz des Umstandes, daß die Mehrheit zu viele rholtentmale dadurch daß sie Zuschläge zum allgemeinen Tarif auf verschiedenen Strecken einhebt eigentlich selbst das Prinzip des Zonentarifes bekräftigt. Es sei der Bevölkerung unverständlich, daß man mit dem allgemeinen Tarife von einer Stadtgrenze zur anderen fahren könne und daß anderen viel kürzeren Strecken wieder Zuschläge zu diesem Tarif eingehoben werden. Jetzt, wo wieder stabilere Verhältnisse eingetreten seien, müsse man den Verkehrsverhältnissen erhöhtes Augenmerk zuwenden und einige besonders lästige Uebelstände bei der Strassenbahn beseitigen. Vor allem habe Wien bei seiner unzweifelhaft großen Bedeutung als Verkehrs-, Handels- und Weltstadt eine Pflicht seiner Bevölkerung und dem Fremden abends länger als bisher die Strassenbahn als Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen. Es gehe nicht an, daß in dieser Riesenstadt schlechtere Verhältnisse bezüglich des Betriebsschlusses walten, als in einer kleinen Provinzstadt. Man müsse dabei bedenken, daß unzählige von Angestellten der Hotel-, Gast- und Kaffeehausbetriebe und viele andere Berufsangehörige gezwungen sind, den Nachhauseweg zu-Fuß zu machen. Ein weiterer Uebelstand sei die gegenwärtig geübte Art in recht langen Intervallen die Züge verkehren zu lassen. Die Verkehrsdichte müsse um ein Bedeutendes gehoben werden, dadurch würde es auch dann ermöglicht, die geradezu beängstigende Ueberfüllung der einzelnen Wagen unmöglich zu machen. Der Nachtarif in seiner gegenwärtigen Form ist auch ein Uebelstand der von unzähligen Menschen sehr schwer empfunden wird. Auch in dieser Hinsicht wäre eine Aenderung sehr wünschenswert.

Redner stellt einen Antrag, nach dem die neue Strassenbahnlinie nach Inzersdorf in den allgemeinen Tarif einbezogen werden soll und bittet um Annahme dieses Antrages.

GR. Nachtnebel (Soz. Dem.): Bei Eröffnung der Linie 9 hat die Bevölkerung der Bezirke 15, 16 und 17 in deutlicher Weise ihrer Freude über diese Linie Ausdruck gegeben. Einem Bedürfnisse breiter Massen dieser Bezirke entsprechend, beantragt Redner es soll den Fahrgästen das Recht eingeräumt werden, die Strecke von der Schmelzer Brücke zur Mariahilferstrasse als Gehstrecke zurückzulegen und mit der auf der Linie 9 oder auf einer Linie der Mariahilferstrasse gelösten Karte auf der nächsten Linie weiter fahren zu können.

GR. Körber (chr. soz.) äußert seine Bedenken darüber, daß auf der Linie 11 ein Zuschlag zum allgemeinen Tarif eingehoben wird und ersucht zu erwägen, ob es nicht besser wäre, die ganze Linie in den allgemeinen Tarif einzubeziehen. Auch die projektierte Erkennungskarte für Bewohner der Gegend um die Stadlauerbrücke herum, habe nicht die Bedeutung, die man ihr wünsche, denn es arbeiteten andererseits viele Menschen in dieser Gegend, die entfernt wohnen, denen aber diese Erkennungskarte nicht zugute kommen. Antrag: Die Fahrgäste, welche ihre Fahrt bei der Reichsbrücke resp. bei der Innstrasse auf der Linie 11 beginnen und ihr Fahrziel bis zur Stadlauerbrücke haben, zahlen den Sondertarif. Die anderen Bestimmungen bleiben aufrecht.

GR. Holschek (chr. soz.): Es ist sehr sonderbar, daß GR. Nachtnebel seinen Zusatzantrag eingebracht hat, nachdem ein vollständig gleicher Antrag allerdings von der Minderheit eingebracht im Unternehmungsausschuß abgelehnt worden ist. Es sei das eine sehr merkwürdige Praxis, die da geübt würde. Allerdings habe sich schon öfter derartiges ereignet und sich zugegetragen, daß sich die Mehrheit, um Popularität zu gewinnen, sich nicht scheue, fremde Federn aufzustecken. Redner müsse daran erinnern, daß schon im Frieden der Ausbau einer Linie nach Salmansdorf im Wald geplant gewesen sei, daß aber die Verwirklichung dieses Planes, die im Krieg unmöglich wurde, auch von der gegenwärtigen Verwaltung der Gemeinde noch nicht in Angriff genommen wurde, unter dem Hinweis es fehle dazu an den nötigen Geldmitteln. Wenn man für andere großzügige Dinge so riesige Beträge verwende, so müsse man schon auch Sorge tragen, daß gegebene Versprechen eingelöst würden. Anscheinend gefalle es der gegenwärtigen Mehrheit nicht, diese Linie zu verwirklichen, weil wahrscheinlich die Bevölkerung von Währing und der Gebiete, die diese Linie befahren soll, nicht so wie in Ottakring, Hernalis und Fünfhaus mit roten Plakaten das Werk der Gemeinde feiern wird. Auch die Rentabilität der Linie wäre gesichert, denn Salmansdorf sei ein beliebtes Ausflugsziel. Redner müsse darum schon ernstlich ersuchen, der Frage des Ausbaues der Linie 41 nach Salmansdorf sich zuzuwenden.

GR. Haider (chr. soz.) bemängelt, daß GR. Nachtnebel diesen Antrag auf Zulassung einer Gehrstrecke zwischen Linie 9 und die Schmelzerbrücke zur Mariahilferstrasse stelle. Nach seiner Ansicht wäre die Schleife beim 60er Wagen in Erwägung zu ziehen, denn die Schleifenbildung beim Hesserdenkmal sei unstreitig verfehlt. Redner beschäftigt sich dann mit der Tarifpolitik der Mehrheit und sagt, es wäre höchste Zeit an eine Herabsetzung der Strassenbahnfahrpreise zu denken. Die Möglichkeit hierzu bestehe. Im Voranschlag seien an Einnahmen 665 Milliarden präliminiert und 460 Millionen Fahrgäste ausgewiesen. Eine einfache Rechnung ergibt nun, - man braucht nur 460 Millionen mit dem Einheitspreis von 1700 K zu multiplizieren - daß die Einnahmen in Wirklichkeit 782 Milliarden betragen werden, also um 117 Milliarden höher als im Voranschlag angesetzt sind. Angesichts dieser unleugbaren Tatsache wäre eine Herabsetzung des Strassenbahnfahrpreises dringend geboten. Ebenso dringend wäre die Einführung des Zonentarifs, weil der jetzt geltende Einheitsstarif ungerecht ist. Redner bringt dann Daten vor, die dartun sollen, in welcher ungerechter parteilicher Weise das nichtsozialistische gesinnte Personal bei den städtischen Unternehmungen, insbesondere bei den Strassenbahnen behandelt wird. Neue Kräfte müssen, wenn sie aufgenommen werden wollen, den Nachweis liefern, daß sie mindestens ein Jahr sozialdemokratisch organisiert sind. (Lebhafte Härt- Hörtrufe bei den Christlichsozialen) Einige Zeit ging es ziemlich ruhig zu, die Verhältnisse hatten sich anscheinend gebessert, aber in den letzten Monaten macht sich der Terrorismus wieder sehr stark bemerkbar. Erst vor wenigen Tagen am 19. März wurde ein Strassenbahnarbeiter Knoll und Fall aus dem Dienst entlassen, weil er sich nicht sozialdemokratisch organisieren lassen wollte. Solche Ungeheuerlichkeiten müssen an den Pranger gestellt werden und die Christlichsozialen seien nicht gesonnen diesen Terrorismus zu dulden. Der Herr Bürgermeister möge darauf sehen, daß alle Angestellten die Möglichkeit haben, ihre ihnen gesetzlich zustehenden Rechte der Gewissung und freien Meinungsäußerung auch wirklich ausüben zu können.

GR. Huber (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, daß in den Morgenstunden um 8 Uhr auf dem Gürtel, in der Linzerstrasse und Hütteldorferstrasse die Wagen vorzeitig reduziert werden, wodurch im Verkehr große

Unzukömmlichkeiten entstehen, alle Wagen, die in längeren Intervallen fahren, sind überkomplett. Redner ersucht den Bürgermeister dahin zu intervenieren, daß die Strassenbahndirektion darauf Rücksicht nimmt und die Einziehung der Wagen erst nach 9 Uhr, wenn die Frequenz abflaut, vorgenommen werde.

GR. Untermüller (chr. soz.) bezeichnet die Schleifenanlage beim Hesserdenkmal für verfehlt. Der Kinderspielplatz sei von den Schienen gänzlich eingeschlossen, woraus für die Kinder große Gefahren erwachsen. Denn selbst bei der strengsten Aufsicht, kann es leicht geschehen, daß namentlich ganz kleine Kinder den Platz verlassen und in eine fahrende Elektrische hineingeraten. Man könnte die Heuner-Wagen unschwer über den Gürtel zum Ostbahnhof dirigieren, weil der Verkehr von der Gumpendorferstrasse an, wo die Achter-Wagen, abschwenken, nicht sehr dicht ist. Schliesslich tritt Redner für die Wiederherstellung des direkten Verkehrs von der Mariahilferstrasse über den Ring ein und bezeichnet die Lösung dieser Frage als verhältnismässig einfach, nur gehöre dazu guter Wille, den man bei der Strassenbahndirektion aber leider nicht finde. Wenn sie sich eine Linienführung einmal in den Kopf gesetzt habe, sei sie nicht mehr davon abzubringen.

VB. Emmerling (Schlusswort): Es ist begreiflich, daß Wünsche und Beschwerden bezüglich der Strassenbahn vorgebracht werden. Aber wenn die Herren von der Minderheit uns heute Vorwürfe machen, daß wir den Zonentarif nicht einführen, so müssen wir sie erinnern, daß sie ihn selbst abgeschafft haben. Die Tarife ihrer Verwaltungsperiode waren im vollsten Sinne des Wortes unsozial. Unsere Tarifgebung ist aber eine solche, die wir ruhig sagen können, dem berechtigten Bedürfnissen wird durch sie Rechnung getragen. Wenn wir nicht auf ein Jahr voraus genau die Frequenz der Linien angeben können, so ist uns darum kein Vorwurf zu machen, denn diese hängt von Umständen ab, die wir nicht voraussehen können. Heuer haben wir einen abnormal langen Winter und es ist selbstverständlich, daß auch in der Frequenz der Strassenbahn sich derartige Witterungsverhältnisse bemerkbar machen. Wien hat von allen Städten den billigsten Fahrpreis. Durch die vielseitigen Begünstigungen im Morgen-, Abendverkehr für die Arbeiter und Angestellten, durch billige Hin- und Rückfahrtscheine, durch minimale Kinderfahrtscheine stellt sich der Durchschnittsfahrpreis auf nur 1360 Kronen. Gegenwärtig beträgt der Fahrpreis in Berlin 15 Goldheller, in Prag und Budapest sind noch weit höhere Fahrpreise angesetzt. Dazu sind in diesen Städten noch die Zonentarife in Übung, worauf sich eine Verteuerung ergibt. Man kann sagen, daß heute der große Stadtverkehr mit den Mitteln der Strassenbahn allein nicht mehr bewerkstelligt werden kann. Darum hat die Gemeinde schon im August des vorigen Jahres an die Regierung in der Frage der Stadtbahn gewendet. Wenn diese Frage mit mehr Entgegenkommen von Seiten der Regierung behandelt worden wäre, könnte schon im Sommer der Verkehr auf diesen Linien aufgenommen werden. Ein Versprechen, eine Linie in die Kriem zu führen, wurde niemals gegeben. Für diese Gegend gibt es durch die Führung der Linien 37, 38 und 39 hinreichend Zufahrtsmöglichkeiten. Dasselbe gelte für Salmansdorf, wohin man ebenfalls mit dem Autobus im Anschluß an die Linie 41 leicht gelangen könne. Die vorgebrachte Klage, daß Aufnahmen zur Strassenbahn nur durch den H.T.V. bewerkstelligt würden, ist unberechtigt, da die Gemeinde mit diesem größten Verbands einen Vertrag eingegangen ist, der eingehalten werden müsse. Der H.T.V. sei eine unpolitische Gewerkschaft und gehören ihm auch Parteigänger der Minderheit als Mitglieder an. Das Anbringen von Fahrplänen in den Wartehäuschen erscheint durchaus nicht so wichtig und zweckentsprechend, wie es hingestellt wird. Die Strassenbahndirektion trage in dieser Richtung gewiss den Bedürfnissen der Bevölkerung vollkommen Rechnung, wenn sie eine Einrichtung zur Durchführung bringt, daß in den Abendstunden durch besondere Lichtzeichen aufgezeigt werden soll, ob noch ein Wagen auf der Linie erwartet werden kann oder nicht. Wenn der Vorwurf gemacht worden ist, es sei bei bestimmten Anlässen, wie großen Versammlungen, Fußballwettspielen u.dgl., der zum Abtransport der Menge bereitgestellte Wagenpark unzureichend, so kann

3  
das gewiß zugegeben werden, aber man könne eben niemals über nichtvorhandene oder unzureichlich vorhandene Mittel verfügen. Derlei Anlässe seien wieder Beweise für die unbedingte Notwendigkeit der Aufnahme des Betriebes der elektrifizierten Stadtbahn. Im Übrigen bitte Redner um Annahme seiner Anträge und um Ablehnung der gestellten Anträge Doppler und Körber. Der Antrag Nachtnebel empfehle Redner aber der Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag mit den Stimmen der Mehrheit, der Antrag Nachtnebel mit allen Stimmen angenommen. Die Anträge Doppler und Körber werden abgelehnt.

StR. Richter beantragt, daß für die Wählerverzeichnisse ein Betrag von 200 Millionen Kronen bewilligt werden möge. Die Gemeinde ist gesetzlich verpflichtet, jedes Jahr die Wählerlisten anzulegen und es müssten 50.000 Hauskundmachungen erfolgen, außerdem eine große Zahl von Änderungen vorgenommen werden, wodurch sich die Kosten erklären.

GR. Stöger (chr. soz.): Der Referent hat am 18. Jänner erklärt, daß in ganz Wien nur 47 Anmeldungen für die neue Wählerliste erfolgt sind. Jetzt sehen wir, daß viele tausende von Einsprüchen gegen die Wählerliste erfolgten. In einer Zeit, in der das souveräne Volk auf die Verwaltung der Stadt nur durch die Entsendung von Vertretern in den Gemeinderat Einfluß nehmen kann, muß das Wählerverzeichnis lückenlos sein. Daher müßte mit der größten Sorgfalt daran gearbeitet werden, daß die Listen einwandfrei sind. Die Klagen über die Wählerlisten nehmen aber ständig zu. Sie haben massenhaft die Wähler nur aus dem Grunde im vorigen Jahre in die Liste nicht aufgenommen, weil sie auf dem Lande waren. Heute besitzen drei Fünftel der Bevölkerung das Wahlrecht und es ist daher eine Sache der gesamten Bevölkerung, daß die Wählerlisten ordentlich angelegt werden. Im ersten Bezirk haben Sie das Gemeinderatsmandat nur dadurch ergattert, daß 160 Stimmen den Christlichsozialen für dieses Mandat gefehlt haben. Die Bevölkerung ist aber in diesem Bezirk nicht gleich geblieben, sondern hat zugenommen und trotzdem hat sich ein Manko von 700 Wählern ergeben. Auch auf der Wieden ist die Wählerzahl um 760 zurückgegangen, obwohl die Bevölkerung um 1831 Personen gestiegen ist. Die Bevölkerungszahl nimmt also zu, aber die Wählerzahl nimmt ab. Als die christlichsoziale Partei noch die Herrschaft an dieser Ratsstube hatte, da haben Sie immer über die große Zahl der Reklamationen geschimpft. Ich war ungefähr 10 Jahre im städtischen Wahlamt tätig und erkläre mit meinem Ehrenwort als Gemeinderat der Stadt Wien, daß niemals von mir ein politischer Einfluß bei der Anlegung der Wählerlisten geltend gemacht worden ist. Wie schlecht heute die Wählerlisten sind, geht daraus hervor, daß unter der christlichsozialen Verwaltung auf der Wieden nur 40 Eintragungen und in der Brigittenau rund 500 Eintragungen erfolgten. Zeigen Sie mir heute einen Bezirk in ganz Wien, der nur 40 Eintragungen aufzuweisen hätte. Im Jahre 1907 betrug die Wählerzahl 366.850 und die Zahl der Reklamationen 38.400, also etwas mehr als 10%. Wenn damals 10% Reklamationen notwendig waren, dann muß heute diese Zahl geringer sein, weil große Fehlerquellen, wie die Armenunterstützung und der Mangel der Sesshaftigkeit wegfallen. Dazu kommt noch, daß heute die gesamte Bevölkerung mitarbeitet und trotzdem die Wählerlisten viel schlechter sind, als früher. Am 21. Oktober wurde zur Wahrheit, was einmal Märchen war: Auf dem Zentralfriedhof sind nämlich die Pawelka Toten erwacht. Es sind viele Personen, die schon vor dem Oktober gestorben waren, an diesem Tage nicht nur einmal, sondern sogar zweimal wählen gegangen.

GR. Hiesl (Soz. Dem.): Jetzt wissen wir erst, woher Sie ihre Stimmen gekriegt haben! (Heiterkeit).

Wenn Sie nur einen Funken Gerechtigkeitsgefühl besitzen, dann müssen Sie dafür sorgen, daß solche Fälle nicht mehr vorkommen. Sie haben heute die Macht solche Ungehörigkeiten abzustellen. Ich beantrage, daß die Wahlzahlen zu veröffentlichen sind und die Zahl der Reklamationen, getrennt nach Bezirken, bekanntgegeben werden soll. (Beifall).

GR. Erban (chr. soz.): Im 9. Bezirk sind einige sehr praktische Beispiele zu verzeichnen. Es sind im Wählerverzeichnis für das Jahr 1923,

Personen enthalten, die erst im Jahre 1903 geboren wurden, die vor der Wahl gestorben sind und die am 21. Oktober doch gewählt haben. Wir haben im Jahre 1923 eine Anzahl von Personen, die gerichtlich abgeurteilt worden sind, hinausreklamiert. Sie sind auch vom Magistrat gestrichen worden. Im Februar 1924 sind 30 bis 35 dieser schon im Jahre 1923 zugegebenen Reklamanten wieder in die Liste aufgenommen worden. Wir haben abermals reklamiert und es wurde uns zugesichert, daß diese Personen nun endgültig aus der Wählerliste gestrichen werden. Ich will nur hoffen, daß sie nicht auch noch im Jahre 1925 auftauchen. Es wäre auch sehr leicht und könnten ungefähr 90% der Wählerliste richtig gestellt werden, wenn überall die Wähleranlageblätter angelegt werden würden. Wir haben aber zu diesen Listen solange kein Vertrauen, solange sie nicht objektiv geführt werden.

StR. Richter (Schlußwort): Es ist interessant, daß die beiden Redner der Minderheit sich gegenseitig widersprochen haben. Während GR. Stöger sich darüber aufgehalten hat, daß Wähleranlageblätter ausgefolgt worden sind, hat GR. Erban diese Behelfe verlangt. Es wäre vielleicht gut, wenn die Herren sich früher besprochen hätten, damit eine bessere Arbeitstellung erfolgt. Ich muß feststellen, daß wir nur 5059 Reklamationen verzeichnen, also auf tausend Wähler eine einzige Reklamation. Davon sind 3028 Reklamationen um Aufnahme in die Liste, was darauf zurückzuführen ist, daß wir in Österreich das einzige Land sind, das keine amtliche Matrikelführung hat. Wir können nicht in allen Pfarrhöfen nachforschen, wieviel Kinder getauft worden sind, um dann die Zwanzigjährigen in die Listen aufzunehmen. Ansuchen auf Streichungen sind 1790 eingegangen. Im Jahre 1911 hat die Zahl der Reklamationen mehr als 10% der Wähler betragen, wir haben nicht ganz 5% erreicht, trotzdem die Wählerzahl dreimal so groß war. Es ist also gewiß ein großes Kompliment, das uns GR. Stöger gemacht hat. Die Bevölkerung ist seit dem Jahre 1910 um rund 204.000 Personen zurückgegangen. Vom Jahre 1920 bis zum Jahre 1923 hat die Zahl der Wähler um 4500 zugenommen. Es ist dies auf die in dieser Zeit gesteigerte Geburtenzahl zurückzuführen. Es ist kaum anzunehmen, daß es ein christlichsozialer Agitator zustande bringt, diese Personen zur Urne zu bringen. Die Gemeindeverwaltung richtet an alle Parteien das Ersuchen, bei der Anlegung der Wählerverzeichnisse mitzuwirken, damit eine möglichst lückenlose Erfassung aller Wahlberechtigten möglich wird. (Beifall).

GR. Kunschak berichtet tatsächlich, daß der Magistrat jederzeit in der Lage sein muß, sowohl die Geburten- als auch die Sterbefälle festzustellen, da jede Hebamme gesetzlich verpflichtet ist, die Geburt beim Magistrat anzumelden. Die Gemeinde hat auch eigene Totenbeschauärzte, die ebenfalls verpflichtet sind, Meldung beim Konskriptionsamt zu erstatten.

GR. Stöger berichtet tatsächlich, daß er nie behauptet hätte, die Ausfüllung der Wähleranlageblätter wäre nicht notwendig. Er berichtet ferner, daß er sein Ehrenwort als Gemeinderat gegeben habe, daß niemals an ihm als Beamten des Wahlamtes politische Beeinflussung versucht wurde. Wenn trotzdem GR. Müller ihm zugerufen habe, „vielleicht haben Sie doch an dem Schwindel teilgenommen“, so muß das als eine ungeheure Lumperei bezeichnet werden. (Großer Lärm).

GR. Müller (Soz. Dem.) berichtet, daß er diesen Zwischenruf nicht gemacht habe, worauf GR. Doppler (chr. soz.) die Äußerung bestätigt.

Nach einer Erklärung des GR. Schleifer (Soz. Dem.), der feststellt, daß GR. Müller nur gesagt hätte: „Vielleicht ist dem Herrn GR. Stöger das gleiche passiert“ und nach einer kurzen Erwiderung des Referenten wird der Antrag des Stadtsenats angenommen und der Antrag Stöger abgelehnt.

4  
StR. Siegel berichtet über den geplanten Bau eines Wohnhauses in Groß Jedersdorf und bittet um Genehmigung des Entwurfes.

GR. Orel (chr. soz.) führt an, sich nur zum Wort gemeldet zu haben, zum Proteste dagegen, daß in einem ländlichen Bezirke wie Floridsdorf, wogegen Raum zur Errichtung von Flachbauten vorhanden sei, derartige Zinsekasernen mit gegen 100 Wohnungen gebaut werden sollen. Der Antrag wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

StR. Tandler berichtet über die geplante Errichtung von Jugendhorten, für die ein Betrag von 439 Millionen Kronen erforderlich ist und verweist darauf, daß in Wien schon eine beträchtliche Zahl von Privathorten besteht, die aber alle unzureichend sind. Darum erweise es sich als unerlässlich, daß die Gemeinde da helfend einspringe. Es seien gewiß noch eine Reihe von Schwierigkeiten besonders in der Auftreibung der dazu nötigen Lokale zu überwinden.

GRin. Motzko (chr. soz.) Es bestehe gewiß die Notwendigkeit, die Fürsorge für die Schuljugend weiter auszubauen. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, in denen die Kinder in der schulfreien Zeit beschäftigt und beaufsichtigt werden können. Es fragt sich nur, ob die vorgeschlagene Form die richtige sei. Ob diese Arbeit, die da hier begonnen wird, zu einem gedeihlichen Ende führe. Nach der Vorlage zu urteilen, sei da höchst unzulängliche Vorarbeit geleistet worden. Man hätte vielmehr untersuchen müssen, ob nicht die vorhandenen privaten Fürsorgeinstitute zum Teil schon ausreichen, zum andern Teile aber mit einer entsprechenden Geldhilfe von Seite der Gemeinde unterstützt ihrer Aufgabe Genüge leisten könnte. Nach der Erfahrung, die man bisher gemacht habe, erweckt es sehr den Anschein, als ob man da hier geneigt sei, Fürsorgeinstitute einer bestimmten Richtung zu errichten, ohne Rücksicht auf die Wünsche des Volkes und der Eltern der Kinder, die auf christlicher Basis stehen.

GR. Orel (chr. soz.): Es sei zu verwundern, daß Sozialdemokraten Jugendhorte errichten wollen. Man müsse sich bei solcher Absicht fragen, wozu denn eigentlich? Denn nach den Anschauungen der sozialistischen Theoretiker seien diese Erziehungsmaßregeln gar nicht notwendig, da alles seinen vorgeschriebenen Naturnotwendigen Verlauf nehme. Es müsse also schon ein ganz kräftiger Grund sein, der die sozialdemokratische Mehrheit veranlasst, solche Horte errichten zu wollen. Dabei müsse man aber klar und deutlich von aller Anfang an festlegen, in welchem Sinne in diesen Horten die Kinder beeinflusst und erzogen werden sollen. Da müsse man auf eine Erscheinung der letzten Zeit hinweisen, daß von einem Juden Bettauer eine Zeitschrift herausgegeben worden sei, die voll jüdischer Schweinereien eine wahre Festsaure für die Jugendbedeutet. Es dürfe nicht angehen, daß solche jüdische Produkte das christliche Volk zugrunde richten.

Bgm. Seitz: Bitte Herr GR. zur Sache zu sprechen.

GR. Orel: Die Ausführungen über diese Zeitung gehören streng zur Sache, denn wir müssen sprechen, welche Lektüre wir von der Jugend fernhalten wollen und welche wir ihr vorsetzen. Dieser Jude Bettauer hat nun seine Schweinereien herausgegeben und auf die Triebe der Menschen spekulierend seine schädigen Geschäfte zu machen.

Bgm. Seitz: Ersuche nochmals sich an das Thema zu halten!

Das städtische Jugendamt hat sich in Erkenntnis seiner Pflicht an das Polizeipräsidium gewendet und um Einstellung dieser Schmutzzeitung ersucht.

Bgm. Seitz: Ich entziehe dem Herrn GR. das Wort.

Auf den Bänken der Minderheit wird die Wortentziehung mit stürmischen Protestrufen aufgenommen. Gr. Preyer schlägt auf das Pult und ruft: Das ist eine Schweinerei, unerhört, das lassen wir uns nicht gefallen! Andere Rufe: Das ist eine Vergewaltigung! Ein Skandal! Es herrscht grosse Lärm. Der Bürgermeister schwingt unausgesetzt die Glocke. Dann erteilt er dem GR. Rummelhardt (christl. soz.) das Wort.

GR. Rummelhardt: Es gehört viel Überwindung dazu, nach dieser Wortentziehung und nach Beurteilung des Grundes derselben das Wort zu nehmen. Ich muss schon sagen, dass ich dem Herrn Vorredner nicht Unrecht geben

kann, wenn er begründete Zweifel hegt, ob die Grundsätze der Mehrheit solche sind, dass die Jugend in den öffentlichen Horten wirklich entsprechend erzogen werden. Ich habe nicht das Vertrauen, dass diese Horte nach rein erzieherischen Grundsätzen geleitet werden, weil wir leider immer sehen müssen, dass Sie alles unter die parteipolitische Fuchtel stellen, den Kindern rein parteipolitische Erziehungsideale einimpfen und ihnen den Glauben an Gott und die Autorität der Menschen rauben. Es kommt mir vor, dass Sie bemüht sind, in den städtischen Jugendhorten den allmählich verkachenden Kinderfreunden ein kommunales Sicherheitsplätzchen zu geben. Wir fordern, dass die Parteipolitik vor den Toren solcher Institute Halt mache-

GR. Orel (chr. soz.) ergreift nun nochmals das Wort und spricht abermals über die Zeitschrift Bettauers.

Bürgermeister: Ich bitte zur Sache zu sprechen.

GR. Orel (mit überlauter Stimme und lebhaften Geberden): Wenn der Bürgermeister nicht weiss, was den Kindern vor die Augen kommen darf und was nicht, dann muss ich es ihm sagen. Wir lassen uns nicht durch den Bürgermeister den Juden Bettauer aufdrängen, der unsere Kinder vergaunzen will mit jüdischem Gift und jüdischer Schweinerei!

Bürgermeister Seitz: Herr Gemeinderat Orel, Sie gebrauchen Ausdrücke, die der Würde dieses Saales nicht entsprechen.

GR. Orel: Ihr Verhalten entspricht nicht der Würde!

Diese Worte erregen einen Sturm der Entrüstung auf den Bänken der Mehrheit. Die Gemeinderäte springen von den Sitzen auf und eilen gegen die Mitte des Saales. Man sieht drohend geschwungene Fäuste und aus dem beispiellosen Lärm hört man wilde Rufe heraus: Lausbub! Lausbub! Hinaus mit ihm! Der gehört nach Steinhof! Das ist ja ein Narr!

Die Minorität antwortet mit Protestrufen, die in dem Tumult untergehen. Zwischen Mitgliedern der Opposition und der Mehrheit, die dicht aneinander geraten, entsteht ein heftiger Wortwechsel. Geballte Fäuste werden geschwungen, wilde Rufe ausgestossen. Der Tumult artet in ein Getöse aus. Vergeblich schwingt der Bürgermeister die Glocke, er kann sich kein Gehör verschaffen. Plötzlich sieht man den GR. Echl über eine Bank hinweg auf den GR. Haider losstürzen. Seine Parteigenossen werfen sich zwischen die Beiden Gemeinderäte und trennen mit Mühe die Streitenden.

Gr. Hellmann: Das hat sich in diesem Saale noch kein Mensch erlaubt. Bürgermeister (die Glocke schwingend): Ich bitte die Plätze einzunehmen.

GR. Speiser: Unseren Bürgermeister lassen wir nicht beschimpfen.

Endlich tritt Ruhe ein und der Bürgermeister erklärt: Ich muss dem Herrn GR. Gemeinderat Orel, beziehungsweise der Vereinigung, der er angehört das richtige Urteil über die von ihm gebrauchten Ausdrücke überlassen. Sie sind unwürdig der Körperschaft, in der wir tagen. Gemeinderat Orel hat aber auch dem Landeshauptmann den Vorwurf gemacht, dass ihm gewisse Erfordernisse für diese Stelle fehlen. Auch diese Bemerkung ist unzulässig. Ich möchte aber auch die Gegenseite, die sich des Landeshauptmanns angenommen, bitten, sich zu beruhigen, ich kann sie versichern, dass diese Bemerkungen des Gemeinderates Orel dem Bürgermeister nicht beleidigen können (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit!)

GR. Orel: Ich stelle fest, ich habe dem Bürgermeister nicht die Fähigkeit abgesprochen, etwas zu beurteilen, sondern ich habe bloss konditionelle gesprochen.

Rufe bei der Mehrheit: Das ist ein feiger Rückzug!

GR. Orel: Die gleiche Erklärung, der Herr Bürgermeister gegeben abzugeben hat, gebe auch ich meinerseits ab.

Unruhe bei der Mehrheit. Rufe an Orel: Aber lässt ihn gehen, er ist doch nur Narr. Schickt ihn auf den Steinhof!

GR. Orel kommt neuerdings auf die Zeitschrift zu sprechen, befolgt aber dann die Mahnung des Bürgermeisters sich an Sache zu halten und schliesst seine Rede

5

Während der letzten Worte des Gemeinderates Orel hört man auf der Mittgalerie unartikulierte Laute und sieht, wie sich ein Mann in Krämpfen windet. Seine Nachbarn und die Amtshelfen bemühen sich um ihn und tragen den Mann, der einen epileptischen Anfall erlitten hat, von der Galerie. In Saale tritt dann nach und nach Ruhe ein, so dass der Referent zum Schlusswort schreiten kann.

STR. Tandler erklärt in seinem Schlusswort, dass bereits in Wien herumgefragt worden sei, damit diese Hore dort errichtet werden, so sie wirklich dringend notwendig sind.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St. R. Tandler referiert nun über die Vorkehrungen gegen die angeborene Syphilis. Er führt aus: Die Durchseuchung der Bevölkerung mit Geschlechtskrankheiten war im Kriege besonders gross, ist jetzt etwas zurückgegangen. Das enthebt aber die Gemeinde nicht der Pflicht, alles zu tun, aber die Lustseuche einzudämmen. Es soll da schon bei dem Kindern begonnen werden. Es wurden daher Mittel und Wege gesucht, um möglichst viele kranke Mütter zu erfassen. In Wien werden durchschnittlich im Jahre 30-000 Geburten gezählt. Ungefähr die Hälfte dieser Frauen gehört den verschiedenen Krankenkassen an, vielleicht zehntausend kommen als bemittelt nicht in Betracht, aber rund fünftausend sollen durch eine Organisation der Gemeinde Wien erfasst werden. Es handelt sich da um jene Frauen, die keiner Krankenkasse angehören. Wenn also vorläufig nur ein Sechstel aller Gebärenden in Betracht kommt, so hat eine Gemeinde doch die Pflicht vorbildlich zu wirken und zielstrebig bevölkerungspolitisch orientierte Fürsorge zu leisten. Die Frauen werden von Mutterberatungsstellen an die Ärzte gewiesen, die eine Wassermannsche Blutprobe vornehmen. Sie erhalten auch eine Geldunterstützung durch vier Wochen von zusammen 200.000 Kronen. Schliesslich werden auch die Krankenkassen solche Untersuchungen vornehmen und dadurch wird der Kreis immer grösser.

Gr. Friedjung (soz. Dem.) Ich meine der Vorschlag des Herrn Stadtra Tandler ist von Ueberaus grosser Bedeutung. Es ist nach aller Erfahrung viel besser vorzubeugen als zu heilen. Es handelt sich hier um eine grosse Sache, denn die Syphilis ist eine erschreckende Volksseuche, die ungeheure Opfer fordert. In dem Ambulatorium in dem ich ständig arbeite, sind 3 Prozent der vorgeführten Kinder nachgewiesener Massen syphilitisch, wahrscheinlich sind es aber 5 Prozent. Durch die Gonorrhöe und so auch durch die Folgen der Syphilis werden ungeheuer viele Frauen davon abgehalten ihrem eigentlichen, inneren Berufe zu entsprechen und Mütter zu werden. Heute ist es so, dass ein Sechstel der Bevölkerung an Syphilis <sup>erkrankt</sup> ist.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass wir bei den Volksseuchen, die in Mitteleuropa herrschen, Tuberkulose und Syphilis, vor verschiedenen Erscheinungen stehen. Die Tuberkulose ist der schreckliche Faktor, der in seinem Grund das soziale Elend aufzeigt. Von dieser Krankheit werden vorwiegend die unteren Volksschichten betroffen. Bei der Syphilis liegen die Verhältnisse etwas anders. Da kann man nicht sprechen, dass nur die sozialen Verhältnisse Grund und Ursache für deren Vorhandensein wären. Es wird sicherlich noch viele Jahrhunderte dauern, bis man der Tuberkulose vollständig Herr wird, während bei der Syphilis durch Zusammenwirken aller deren Auftreten immer seltener gemacht werden wird. Heute sind auf dem Steinhofachthundert Paralytiker, deren Pflege täglich 32 Millionen Kronen kostet. Das bedeutet einen ungeheuren Aufwand an Geld, das für die Kinder weit vernünftiger verwendet werden könnte. Ein Fünftel aller Ausgaben für die Wohlfahrtspflege haben ihre Ursache in der schrecklichen Lustseuche, der Syphilis. Jeder Schritt zur Bekämpfung dieser Krankheit muss daher auf das wärmste begrüsst werden. (Lebhafter Beifall)

Es wird hierauf der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Dannmehr gelangt der Antrag der Gemeinderates Kunschak wegen eines Plakates der katholischen Erziehungsgemeinschaft zur Verlesung. Die Plakatierungsanstalt Wipag, an der die Gemeinde beteiligt ist, hat sich geweigert dieses Plakat zu affichieren. Gemeinderat Kunschak begründet die Dringlichkeit dieses Antrages damit, dass die Wipag gegen die Grundsätze der Pressfreiheit sich verstösse und sich Rechte arrogiert, die ihr keineswegs zukommen. Ein privater Zensor dürfe nicht sein.

Die Dringlichkeit wird dem Antrag nicht zuerkannt, was von den Christlichen Sozialen mit grossem Lärm beantwortet wird.

Bürgermeister Seitz schliesst hierauf die Sitzung.